

Gefährliche Deponie auf Lohmannsheide: Duisburger Politik wehrt sich

Die Bezirksregierung genehmigt die Lagerung belasteter Abfälle auf der Halde Lohmannsheide, was bei Lokalpolitikern und Anwohnern Empörung auslöst.

Die Folgen der Genehmigung: Ein Risiko für die Umwelt und die Anwohner?

Duisburg/Moers. Die Entscheidung der Bezirksregierung, belastete Abfälle auf der Halde Lohmannsheide zu lagern, sorgt für große Besorgnis in der Region. Politiker aus Duisburg reagieren mit scharfer Kritik.

Kritik von verschiedenen Seiten

Die Genehmigung für eine Mülldeponie im Gebiet Lohmannsheide wird von zahlreichen Anwohnern, Umweltschützern und lokalen Politikern scharf abgelehnt. Die Bezirksvertretung Homberg/Ruhrort/Baerl zeigt sich besonders erstaunt über die Entscheidung der Bezirksregierung Düsseldorf, da sie sich damit über die Bedenken der Bevölkerung hinwegsetzt. In einer gemeinsamen Erklärung von SPD, Grünen, CDU, FDP und Linken wird auf die berechtigten Ängste der Bürger hingewiesen, die sich seit Jahren gegen die Pläne aussprechen.

Die Sorgen der Anwohner

Die betroffenen Bürger befürchten Umweltschäden,

insbesondere für das Grundwasser, sowie eine Erhöhung des Lärmpegels durch Lkw-Verkehr, sollte die Lagerung tatsächlich beginnen. Im Zuge der Genehmigung plant das Unternehmen DAH1, bis zu 5,2 Millionen Tonnen belasteter Abfälle in den nächsten 15 Jahren auf der Halde zu lagern. Diese Zahl beunruhigt viele Menschen vor Ort, die schon lange gegen eine solche Maßnahme kämpfen.

Politisches Handeln und öffentliche Reaktionen

Die beiden Stadtverwaltungen in Duisburg und Moers sowie verschiedene Umweltverbände sprechen sich klar gegen die Pläne aus. Sie haben bereits fachliche Stellungnahmen eingereicht, um die Gefahren einer Deponie zu unterstreichen. Die Bezirksvertretung hatte zudem bereits in der Vergangenheit die Stadtverwaltung mit rechtlichen Schritten beauftragt, um das bergrechtliche Verfahren voranzutreiben, das seit 1997 anhängig ist.

Die historische Perspektive der Halde Lohmannsheide

Die Halde Lohmannsheide hat eine lange Geschichte. Bis in die 1980er Jahre wurde das Gebiet als Kiesgrube genutzt, später diente es der Entsorgung von Abfällen aus dem Bergbau. In den frühen 90er Jahren stoppten die Aufschüttungen. Die aktuelle Genehmigung wirft nun Fragen über die zukünftige Nutzung und Sicherheit des Geländes auf, insbesondere in Hinblick auf bereits angestrebte Umweltschutzmaßnahmen.

Ein Aufruf zur Aktion

Die politischen Vertreter in Duisburg und Moers betonen die Notwendigkeit, alle verfügbaren Optionen zu prüfen, um gegen die Pläne vorzugehen. „Wir werden nicht aufgeben und die betroffenen Anwohner weiterhin zu den Entwicklungen

informieren“, erklärt Bezirksbürgermeister Hans-Joachim Paschmann (SPD). Das Engagement der Bürger und lokalen Organisationen bleibt von zentraler Bedeutung in dieser Diskussion, während der Termin zur Einsichtnahme der Genehmigungsunterlagen noch bis zum 19. August 2023 aufrecht ist.

Der Widerstand gegen die geplante Deponie verdeutlicht ein anhaltendes Bedürfnis nach mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung in umweltrelevanten Themen. Die Entscheidung der Bezirksregierung wird in den kommenden Wochen sicher weitreichende Diskussionen nach sich ziehen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de